Vortrag von Prof. Dr. Ulrich Manthe am 30. Juni 2023: Das Recht Chinas zwischen 1949 und 1979

Anne-Marie Rückel¹

Über das Recht der Volksrepublik China zwischen 1949 und 1979 hat am Freitag, den 30. Juni 2023 der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Manthe, emeritierter Professor für Bürgerliches Recht und Römisches Recht der Universität Passau, gesprochen, nachdem der Vortrag pandemiebedingt einige Jahre aufgeschoben werden musste.

Umso mehr freuten sich die Anwesenden, in Manthe einem hochgeschätzten Experten für das Recht Chinas und der chinesischen Sprache und Kultur zuzuhören. Dessen Verknüpfung von Politik, Recht und Sprache, angereichert um persönliche Erlebnisse Manthes unter anderem aus seinem Chinaaufenthalt zu Zeiten der Kulturrevolution zwischen 1973 und 1974, machten den Vortrag für die Zuhörenden zu einer überaus bereichernden Veranstaltung, die Frau Prof. Dr. BU Yuanshi, LL.M. (Harvard), Inhaberin des Lehrstuhls für internationales Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Ostasien, mit einleitenden Worten und der Begrüßung des Redners, der Diskutantinnen und den Diskutanten und des Publikums vor Ort sowie virtuell unter Hinweis auf die überragende Bedeutung seiner Verdienste für Austausch, Entwicklung und Verständigung der Rechtsordnungen eröffnete. Dem Vortrag mit Diskussionsrunde wohnten etwa 25 Personen im Peterhof bei, in- und ausländische Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter sowie Professoren. Gleichzeitig erfreute sich die hybride Veranstaltungsform besonders großer Beliebtheit, sodass sich virtuell etwa 60 Personen zuschalteten, um den Worten Manthes zuzuhören.

Manthe kam im Hinblick auf den Zeitraum zwischen der Ausrufung der Republik Chinas durch Mao 1949, bis zum Ende der Kulturrevolution 1979 zu dem Schluss, dass es sich in Teilen um eine in großem Maße gesetzlose Zeitspanne handele. Das, so stellte er fest, beginne bereits mit der Gründung der Republik China, welche sich als Staat ohne jedes Gesetz darstellte, denn zwei Tage vor der Gründung der VR China sei das gesamte republikanische Recht aufgehoben worden. Schon vorher sei die Einführung eines Privatrechts durch die Rezeption eines europäischen Vorbildes gescheitert, weil die Bevölkerung es vermied, vor Gericht zu ziehen, es zudem an einem einheitlich ausgebildeten Juristenstand und auch an entsprechender Literatur gefehlt habe. Zwischen der Ausrufung der Volksrepublik China 1949 und 1963 wurden sodann zwar wenige Gesetze, aber eine Vielzahl von Rechtsverordnungen

erlassen. Die aufkommenden Fortschritte zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit fanden jedoch 1957 mit dem „Kampf gegen die Konterrevolution“ ihr Ende.

Ab 1966 beginne eine bis 1979 andauernde gesetzlose Zeit, so Manthe. Es erschienen beispielsweise weder Gesetzblätter noch Gesetzessammlungen. Zwar habe es Gesetze gegeben, diese waren aber für die Bevölkerung nicht oder nur schwer zugänglich. Während der Kulturrevolution bildeten vielmehr die Schriften der fünf Klassiker – Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao – die wichtigste Rechtsquelle. Anstelle gesetzlicher Regeln habe es auch viele Einzelweisungen Maos gegeben, deren Vollzug überprüft wurde. Manthe sprach ausführlich über die Auswüchse der Kulturrevolution, die sich entwickelnden Machtkämpfe und deren Auswirkungen. Bekanntlich forderte die Kulturrevolution Zehntausende von prominenten Opfern und viele Millionen Menschen aus dem einfachen Volk.

Manthe berichtete von einem älteren Herrn, einem österreichischen Professor für deutsche Sprache, der während der Kulturrevolution seine Stelle an der Pekingener Universität verloren hatte, der in den Abendstunden gelegentlich im Spracheninstitut bei den Studenten vorbeischaute. Dieser erzählte von einem Besuch einzelner Mitglieder einer offiziellen Delegation der Max-Planck-Gesellschaft in der Juristischen Fakultät der Pekingener Universität. Sie nahmen an dortigen Lehrveranstaltungen teil. Erst im Nachgang wurde offenbar, dass die Fakultät bereits 1959 geschlossen worden war. Man hatte wohl Professoren und Studenten aus einer Kadenschule des 7. Mai abkommandiert und eine Art Schauspiel aufführen lassen.

Auch habe in der Zeit seines Chinaaufenthaltes wenig kulturelles Leben stattgefunden. In den Kinos liefen revolutionäre Filme, im Fernseher des Gemeinschaftsraumes seines Spracheninstituts wurden fast jeden Abend Filme über den Koreakrieg gezeigt, und die Theater spielten die immer gleichen zehn „revolutionären Pekingoper“, die meist vom Krieg gegen die Japaner oder die Guomindang handelten, so Manthe. Die meisten Museen waren während seines Aufenthaltes geschlossen. Mit einer Gruppe von Kommilitonen durfte Manthe im Jahr 1974 ein großes Museum in Shanghai besuchen, um dessen Bronzegefäße zu sehen, wobei sich am Ende herausstellte, dass das Museum allein für die westlichen Besucher geöffnet worden war.

Mit dem Beschluss des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses von 1979, dass alle seit 1949 erlassenen Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen nach den Jahren der Kulturrevolution wieder gelten sollten, beendete Manthe seine Ausführungen zu dieser Phase chinesischer Rechtsgeschichte.

Im Anschluss an den anregenden und mit persönlichen Einblicken gespickten Vortrag fand die hoch-

¹ Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin bei Frau Prof. Dr. BU Yuanshi, LL.M. (Harvard) am Institut für Internationales Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Ostasien der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

karätig besetzte Diskussionsrunde statt, bei der sich zwei emeritierte Professoren der Universität Freiburg, Prof. Dr. Uwe Blaurock und Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Rolf Stürner, zum Vortrag Manthes äußerten. Eingeladen zu der Diskussion waren ebenfalls zwei chinesische Professoren, Associate Prof. Dr. CHI Ying von der China University of Political Science and Law (CUPL) und Prof. Dr. h.c. MI Jian von der Peking Normal University.

Herr Prof. Dr. Blaurock bekräftigte als erster Diskutant, dass es sich bei der vorgestellten Phase zwischen 1949 und 1979 aus der zivilrechtlichen Perspektive um eine finstere Zeit handele. Die Gesetzlosigkeit habe jedoch die Bevölkerung in ihrem Alltag weniger tangiert, diese habe mit anderen Sorgen und Problemen gekämpft. Seitdem habe China eine ungeheuer eindrucksvolle Leistung erbracht. Er lobte die systematische Herangehensweise Chinas im Umgang mit Reformen, deren Erprobungsphasen und die chinesische Zivilrechtskodifikation („ZGB“) als das Ergebnis intensiver Rechtsvergleichung. Frau Prof. Dr. CHI Ying beleuchtete anschließend den Umgang mit einer Kodifikation. Sie wies auf die große Bedeutung der klassischen Rechtsgedanken und -methoden unter Betonung des Einflusses des deutschen Rechts als hochentwickelte Rechtsordnung für das chinesische ZGB hin. Aufgrund der Neuheit des ZGBs fehle es noch an Auslegungen, weshalb sie sich für die Möglichkeit des Richters aussprach, das Recht fortzubilden. Herr Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Stürner richtete sein Augenmerk auf die Zukunft unter Beobachtung der Rolle Deutschlands in der Begleitung chinesischer Rechtsentwicklung. Er fragte sich, wie diese Begleitung aussehen könne, um dem chinesisch-deutschen Austausch zu nutzen. Die Verbindung zwischen den Ländern habe sich in den letzten Jahrzehnten als sehr fruchtbar dargestellt, eine starke Rolle als „sprechendes Vorbild“ berge nun die Gefahr, der Rolle als Lehrmeister zu stark zu verfallen. Letztlich stünden sich die beiden Umgangsformen Dialog und Konfrontation gegenüber. Herr Prof. Dr. h.c. MI Jian beendete die Beiträge, indem er betonte, dass es sich um keine schöne Zeit chinesischer Rechtsgeschichte handele. Im Gegensatz dazu sei er guter Hoffnung aufgrund der Entwicklungen der vorangegangenen Jahrzehnte. Er bedankte sich für den Mut die gewählte Phase zu beleuchten, auch um eine Wiederholung dieser zukünftig auszuschließen. Prof. Dr. Manthe schloss sich den Aussagen der Diskutanten an und bekräftigte, dass beides von Wichtigkeit sei, die Existenz von Gesetzen und schließlich der Umgang mit diesen.

Manthe, einst selbst Student, Doktorand und Habilitand an der Universität Freiburg war auf Einladung von Frau Prof. Dr. BU Yuanshi an seine Alma Mater zurückgekehrt. Anders als die vorgestellte, weniger beleuchtete Phase der chinesischen Rechtsgeschichte, sprach Manthe im Anschluss seines Vortrags von einem Neubeginn und Wendepunkt chinesischer Rechtsgeschichte 1979. Die darauffolgende enorme Rechtsentwicklung, die im Inkrafttreten des chinesischen Zivilgesetzbuches zum 1. Januar 2021 mündete, sei

eher Grund für Lobeshymnen. Was nun geschehen werde? Das könne er nicht sagen. Die Entwicklung Chinas stelle sich zwar innenlebend als geradlinig, für den ausländischen Betrachter jedoch als sprunghaft dar, weil dieser manchmal blind auf einem Auge sei. Mit den Worten, dass zur Weiterentwicklung Chinas und des chinesischen Rechts deshalb keine Voraussagen möglich seien, beendete Manthe diesen Teil der Veranstaltung. Im Anschluss hatten die die Anwesenden die Gelegenheit, die Gespräche bei einem Umtrunk weiter zu vertiefen und die von Frau Prof. Dr. BU Yuan-shi zu Beginn geäußerte Hoffnung, Gelegenheit zum Austausch zu bieten, weiter in die Tat umzusetzen.